

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorkosten ausgeschlossen. • Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Teleg.-Abk.: Uwerband Bochum.

Reichsfinanzminister Adolf Hitler - - -

Adolf Hitler ist der Kanzler des Deutschen Reiches. Er besitzt also die politische Macht. Wir legen Wert darauf, das besonders festzustellen. Deshalb, weil sowohl seine Anhänger wie er selber sich nun darüber klar sein müssen, daß jegliches Gerede und Geschreibe über die Schuld der anderen zu lächerlichem Gewäsch wird, wenn damit nicht gleichzeitig die rettende Tat, das rettende Andersmachen verbunden wird.

Wir sagen das „rettende“ Andersmachen, das heißt also das Bessermachen. Und wir müssen sagen, daß bei allem Abwehrkampf, den wir gegen den Faschismus führten und führen, wir trotzdem mit Interesse dieses Bessermachens harrierten. Wir sind skeptisch — sogar sehr skeptisch geworden! Das, was wir nämlich kennenlernten, ist weniger, als was wir als Gegner dem deutschen Faschistenführer zutrauten.

Er hat ja als politischer Machthaber zum deutschen Volke gesprochen. Am Rundfunk. Sogar viermal dieselbe Rede in vierundzwanzig Stunden! Dreimal auf Schallplatten. Und wir müssen sagen: Adolf Hitler hat zwar zum Volke geredet, ihm aber nichts gesagt. Wer das nicht glaubt, der lese es nach an den Plakatsäulen.

Er hat gewettert gegen die „Novemberapostel“ von 1918. Also gegen jene Männer des Volkes und der Arbeit, die den Mut fanden, als die alte Machordnung zusammenbrach, als das Volk sich in Hunger und Not wand, als die Vertreter der alten Ordnung selbe flohen, aus dem Trümmerhaufen einen neuen Ordnungsbau zu schaffen! Er hat dagegen gewettert, obwohl er wissen muß, daß ohne dieses „Novemberverbrechen“ der Reichskanzler Adolf Hitler wahrscheinlich nur irgendeiner in der Millionenzahl der deutschen Arbeitslosen wäre oder, was viel wahrscheinlicher ist, ein irgendwo heimatlos Umherziehender, denn erst der neue Staat, die Republik und Demokratie, hat den Weg frei gemacht auch für den Arbeitsmann zu den höchsten Stellen

Zehntausend Mark Belohnung

zahlen wir denjenigen, die uns mitteilen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen Hitler die Arbeitslosigkeit wirklich beseitigen und die Bauernnot beenden wird. Die Auszahlung erfolgt, sobald Adolf Hitler das Werk vollbracht hat. Das ist ein schönes Angebot für das ganze hungernde Volk, für alle, die an Hitler und die „nationale“ Regierung glauben, für alle, die am 5. März Hitler und seine Partei wählen wollen.

Wer ihn wählt, muß doch wissen, warum! Er muß also auch wissen, daß Adolf Hitler die Rettung bringen wird. Dann muß er aber doch auch sein unfehlbares Programm zur Rettung kennen. Und wenn er es kennt, dann bitte: die zehntausend Mark winken!

Über niemand kennt es. Weder seine Freunde noch Feinde, noch er selber. Adolf Hitler hat kein Programm. Er hat nur Pläne. Sein „Plan“ ist, die Not zu beseitigen.

in Gesellschaft und Staat. Was Sie sind, Herr Reichsfinanzminister Adolf Hitler, das sind Sie geworden durch die Demokratie und Republik, durch die Tat der von Ihnen geschmähten „Novemberverbrecher“!

Aber man muß es dem freien Empfinden des Reichsfinanzministers Adolf Hitler selbst überlassen, über sein Handeln zu bestimmen. Jedenfalls würden wir selber uns sehr unbehaglich vorkommen dann, wenn wir als Mann des Volkes und Arbeitervertreter zufällig bei „seinen Leuten“ zu tun hätten und die Gelegenheit benutzten, vor hart aus unsersgleichen — vom in diesem Falle einzig möglichen Standorte, dem soziologischen, aus gesehen — zu schmähen.

Aber vielleicht war schuld, daß der so redende Reichsfinanzminister Adolf Hitler erst ein paar Stunden alt und noch zuviel Parteitagladiator war. Vielleicht. Aber keine Entschuldigung kann das sein für die Enttäuschung, die der Reichsfinanzminister Adolf Hitler dem schaffenden Volke mit seinem Regierungsprogramm bereitete.

Ein Mann, der vierzehn Jahre draußen steht und trommelt und wirbt und agitiert gegen eine Staatsführung, der muß doch wissen, warum! Doch nicht nur, weil ihm das, was war, nicht gefallen hat! Er muß doch auch wissen, was und wie es anders gemacht werden muß. Vierzehn Jahre lang — — — Und was er als Reichsfinanzminister verkündete? Die Arbeitsdienstpflicht!

Sonst nichts. Buchstäblich nichts, es sei denn, daß jemand so harmlos ist und hält die leere Ankündigung schon für etwas, daß in vier Jahren kein Arbeitsloser mehr da sei und keine Bauernnot mehr bestche. Aber gibt es wirklich einen Arbeiter, einen Arbeitslosen, einen Bauernmann, der das als rettende Verheißung oder gar als erlösende Tat hinnimmt? Wenn ja, dann besteht nicht nur eine schwere Krise der Volkswirtschaft, sondern auch des Volksverstandes.

Über gab es jemals in der Geschichte einen Staatsmann, der diesen Plan nicht gehabt hätte? Und die verkündeten Pläne, sind das nicht auch die Pläne von Franz von Papen, Geheimrat Hugenberg, Stahlhelmführer Seidte?

Deutsches Volk, sei geschick! Ueberlege einmal die Tatsache, daß Reichsfinanzminister Adolf Hitler einen gemeinsamen Plan zur Volkserrettung durchzuführen will mit den exponiertesten Vertretern des deutschen Herrrentums! Erinnert euch, wer die Kampfgenossen Adolf Hitlers sind, mit denen er dem Volke die Rettung bringen will:

Herr von Papen,

der seine Regierung mit den Worten antrat, der Staat dürfe keine Wohlfahrtsanstalt sein, Herr von Papen, der die Renten der Witwen, Waisen, Kriegsbeschädigten und Invaliden, die

Unterstützungen der Arbeitslosen erbarmungslos gesenkt hat, Herr von Papen, der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu 25 Prozent gestattet hat, dieser Herr von Papen, der es soweit trieb, daß ihn allgemeiner Volkssturm hinwegjagte, er ist wieder in der Regierung als Vizekanzler, neben Adolf Hitler, und hat gleichzeitig mit Zustimmung Adolf Hitlers die Diktatorgewalt über das ganze Land Preußen.

Der deutschnationale Führer Hugenberg,

der schärfste Gegner der Gewerkschaften, der Sozialpolitik und Sozialversicherung, ist Wirtschaftsminister in dieser Regierung. Er will das Reichsarbeitsministerium zerschlagen, das Tarifwesen zerstören, die Arbeiter schutzlos der Uebermacht des Unternehmertums ausliefern.

Und Adolf Hitler hat ihm gleich vier Ministerien übertragen. Und ausgerechnet die Wirtschafts- und Ernährungsministerien, in denen das Schicksal des schaffenden Volkes mitgeformt wird.

So also gedenkt der Nationalsozialismus das Volk in vier Jahren zu retten. Da hat selbst die ausländischen Journalisten Zweifel erfaßt und sie baten Adolf Hitler in einer Pressekonferenz um nähere

Erläuterung des Vierjahresplanes.

Hitler sagte: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei hätte vortragen wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es ist unmöglich, das Staatschiff jogleich in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlange, sind vier Jahre.“

Bist du jetzt schauer, Arbeiter? Die Journalisten jedenfalls haben versichert, nun nicht mehr zu wissen als vorher. Auch vor ihnen hat keiner Aussicht, unsere zehntausend Mark Belohnung gewinnen zu können. Sehr lehrreich aber ist das Bekenntnis Adolf Hitlers, daß er dann, wenn er als Propagandaredner für seine Partei hätte sprechen wollen, er zum 15. März bzw. 1. Mai das Ende der Not hätte verkünden können, daß er aber als Reichsfinanzminister solche Versprechungen doch nicht machen möchte. Ist das nicht ungemein lehrreich für die Beurteilung alles dessen, was Adolf Hitler als Parteiführer dem Volke bisher sagte und sagen ließ? Aber jetzt ist er ja Kanzler. Kanzler einer Regierung, die sich zu drei Vierteln aus „seinen Leuten“, aus den ersten Repräsentanten vom Herrrentum, Großgrundbesitz, Großindustrie zusammensetzt.

Und am 5. März hat das Volk zu entscheiden, was es von diesem Kanzler hält. Und das Volk muß es diesem Kanzler ins Gesicht schreien, auf Straßen und Plätzen, in Versammlungen und Konferenzen, am Bierisch und zu Hause: Fort mit dir und deiner Regierung! Wir wollen kein Herrrentum und kein Herrenregiment! Wir wollen ein freies Volk sein, das sich selbst regiert! Wir wollen den wahren Volksstaat und keine Adelsburg!

Bergarbeiterrechte in Gefahr!

Kommt es im Ruhrbergbau zu einem tariflosen Zustand?

Wir berichteten bereits in unserer letzten Ausgabe, daß der Zechenverband im Ruhrgebiet Manteltarif und Lohnabkommen zum 31. März gekündigt hat. Die Kündigung erfolgte am gleichen Tage, an dem die Hitler-Regierung ihr Amt antrat.

Der Vorstoß des Zechenverbandes hat in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. In einer Pressenotiz versucht deshalb der Zechenverband, seine Kündigungsaktion zu bagatelisieren. Man erklärt, die Kündigung des Manteltarifes sei nur erfolgt, um die für 1932 festgelegte Kürzung der Urlaubsvergütung von 30 Proz. auch für das Urlaubsjahr 1933 zu erreichen. Außerdem erklärt man, mit der Kündigung der Lohnordnung wolle man nicht eine allgemeine Lohnsenkung erreichen. Es solle nur eine Auflockerung des Lohntarifes angestrebt, das heißt, nur für einen Teil der Zechen ein neuer Lohnabbau durchgeführt werden. Diese Auflockerungspläne sind nicht neu. Bereits im vergangenen Jahre forderten die Zechenherren des Ruhrgebiets einen allgemeinen tariflichen Lohnabbau von 12 Prozent.

In beiden Fällen gelang es den Bergarbeiterorganisationen, diese Verschlechterungspläne abzuwehren. Nach diesen Vorgängen ist es sehr wahrscheinlich, daß der Zechenverband seine früheren Forderungen nach einem allgemeinen Lohnabbau wiederholen wird. Käme es den Zechengewerkschaften des Ruhrgebiets nur auf eine Lohnsenkung für sogenannte notleidende Zechen an, dann hätten sie nicht den Lohnabbau zu kündigen, sondern nur eine tarifliche Ausnahmestellung für bestimmte Zechen zu beantragen brauchen. Die Erklärung des Zechenverbandes, wonach eine generelle Lohnsenkung nicht beabsichtigt sei, ist daher eine sehr schlechte Beruhigungsspiel.

Entscheidend für den schwebenden Tarifkonflikt im Ruhrbergbau ist auch weniger die Kündigungsabsicht, als die

Folgen, die sich daraus ergeben können. Wir wissen, daß die Zechenherren seit langem einen tariflosen Zustand erstreben. Wir erinnern nur an die Rede, die Dr. Brandi anlässlich der Tagung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes am 10. Mai 1931 hielt. Damals führte Brandi unter anderem aus:

„Man mache die deutsche Wirtschaft endlich wieder frei und man gebe dem deutschen Bergbau wieder die alte Freiheit. Man mache ihn wieder frei von der Lohnzwangswirtschaft und einem als unheilvoll erkannten Schlichtungsweisen. In heutiger Not ist kein Raum mehr für staatliche Lohnpolitik.“

Wir erinnern ferner daran, daß auch ein Reporter des „Berliner Tageblattes“ im Juli 1931 als Wamsch der weitdeutschen Großindustrie folgendes berichtete: „Man soll uns endlich wieder mit unseren Leuten allein verhandeln lassen. Man soll endlich die starren Bindungen der Lohnsätze aufheben. Man soll uns endlich wieder frei schalten und walten lassen.“ Abgesehen von diesen Bekenntnissen erinnern wir uns, daß man schon zu Beginn der Lohnabbaukämpfe 1931 die Arbeitsverträge der Belegschaft im Ruhrbergbau vorsorglich gekündigt hatte und die Unternehmerpresse bei jedem Tarifkonflikt einen tariflosen Zustand forderte. Dieser tariflose Zustand wurde bisher stets durch das staatliche Schlichtungswesen vermieden. Durch die Fällung und Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen wurden in der Regel die schwebenden Streitigkeiten beendet.

Welchen Kurs wird man nun in Zukunft mit der staatlichen Lohn- und Tarifpolitik verfolgen? Wenn es nach den Wün-

schen der Zechenherren geht, werden Schiedssprüche überhaupt nicht mehr gefällig und verbindlich erklärt. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden vielmehr dem freien Kräftepiel überlassen. Diese Vermutung ist um so naheliegender, weil die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ bei dem Zustandekommen der Hitler-Regierung ganz offen meinte, die Arbeitergewerkschaft könne in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Maße bei Tarifkonflikten auf die staatliche Hilfsleistung rechnen. Offenbar stützt dieses Bergwerksorgan seine Hoffnungen vor allem darauf, daß Herr Hugenberg Reichswirtschaftsminister geworden ist und die Pflicht besteht, die staatliche Lohnpolitik, die bisher dem Reichsarbeitsminister oblag, dem Reichswirtschaftsministerium unterzuordnen.

Herr Hugenberg ist aber nicht nur deutschnationaler Parteiführer, sondern gehört noch immer dem Vorstand des Zechenverbandes an. Und es verdient vor allem festgehalten zu werden, daß auf der gleichen Tagung des Zechenverbandes, auf der Herr Dr. Brandi gegen die Lohnzwangswirtschaft und das Schlichtungswesen wetterte, Herr Hugenberg als Wortführer des großkapitalistischen Unternehmertums wörtlich folgendes erklärte: „Meine sehr verehrten Herren! Was kann und darf der verparlamentarisierte und halbsozialisierte Unternehmer von heute noch tun? Er darf Zechen stilllegen, Fabriken schließen, deutsche Werkstätten und andere Unternehmungen an das Ausland verkaufen oder ungeheure Steuern und hohe Lasten aufbringen und sich darüber mit den Finanzämtern auseinandersetzen. Er darf Feiertage verschaffen lassen und mit dem Staat und anderen marxistischen oder halbmarxistischen Organisationen um die Erhaltung des Restes der Wirtschaft kämpfen — kurz: ein Dasein voller produktiver Lebensfreude.“ Also sprach der neue Reichswirtschaftsminister, Herr Hugenberg, auf der Tagung der Zechenherren am 10. Mai 1931.

Nach diesen Auslassungen, die zeigen, daß Herr Hugenberg für die „armen und noleidenden“ Unternehmer ein sehr großes Verständnis hat, müssen die Bergarbeiter annehmen, daß der deutschnationale Parteiführer und neue Reichswirt-

schaftsminister den Wünschen des Zechenverbandes weitgehend Rechnung trägt. Endlich ist der Zeitpunkt gekommen, wo man den tariflosen Zustand herbeiführen kann. Praktisch ist dieses Ziel verhältnismäßig einfach zu erreichen. Beide Tarifverträge sind gekündigt und da erfahrungsgemäß eine Vereinarbeitung zwischen den Tarifparteien über wesentliche Streitfragen schlecht möglich ist, braucht man nur in dem schwebenden Tarifkonflikt von Schiedsprüchen abzusehen oder diese nicht für verbindlich zu erklären und das reaktionäre Unternehmertum, der tariflose Zustand, ist erreicht. Mit Hilfe der harmlosen Forderung nach einer Auslöschung des Lohntarifs und einer Erneuerung des geltenden Manteltarifs können demnach die Zechenherren des Ruhrgebietes sehr wohl ihr grundsätzliches und revolutionäres Ziel, die Beseitigung der tariflichen Bindungen und damit die Wiederaufrichtung der Willkürherrschaft im Betriebe, wieder erreichen bzw. zu erreichen versuchen.

Wir betonen ausdrücklich: zu erreichen versuchen. An den Verschlechterungsplänen der Ruhrzechenherren sind nämlich zwei Punkte nicht berücksichtigt oder, besser gesagt, noch unentschieden. Am 5. März haben nämlich die deutschen Reichstagswähler nochmals darüber zu entscheiden, ob Herr Hugenberg als Vertreter des Großkapitals wirklich durch einen Mehrheitswillen des Volkes legitimiert wird, wirtschaftspolitische Steuermaßnahmen am Reglerungsrunder zu sein. Entschieden sich dagegen eine Volksmehrheit gegen die Rechtsparteien, dann muß die Harzburger Front zurücktreten und manch reaktionärer Plan kann dadurch ins Wasser fallen. Sollte aber die deutsche Wählerschaft am 5. März tatsächlich den Rechtsparteien eine Mehrheit sichern und infolgedessen ein tarifloses

Zustand im Ruhrbergbau eintreten, dann werden die Bergarbeiter durch ihre gewerkschaftliche Selbsthilfe und organisierte Widerstandskraft letzten Endes darüber zu entscheiden haben, ob die gewerkschaftlichen Erwerbsgesellschaften mit einem Federstrich beauftragt werden, ob die Bergarbeiterrechte zerschlagen und die früheren Willkürmaßnahmen wiederkehren sollen.

Ueber eins müssen sich die Bergarbeiter in Deutschland schon jetzt im Klaren sein. Wenn es den Zechengewaltigen im Ruhrgebiet gelänge, ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen, dann sind damit die Rechte der gesamten deutschen Bergarbeiter gefährdet. Alle tarifpolitischen Verschlechterungen im Ruhrgebiet haben sich bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch in den übrigen Bergbaubezirken Deutschlands nachteilig ausgewirkt. Es besteht daher nicht nur für die Ruhrbergarbeiter, sondern für alle deutschen Bergarbeiter die heiligste Pflicht, alle Kräfte zu mobilisieren, um die drohenden Gefahren erfolgreich abzuwehren. Besonders den unorganisierten und indifferenten Bergarbeitern müssen wir jetzt mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein bringen, wie ernst die Entscheidungsstunde ist. Wir müssen sich bisher den Arbeitslosen mehr denn je einhämmern, daß es verhängnisvoll, ja geradezu verbrecherisch ist, wenn sie angesichts dieser Unternehmerrasserie immer noch Gehwehr bei Fuß stehen. Der tarifpolitische Großangriff der Ruhrunternehmer muß zu einem gewerkschaftspolitischen Alarmzustand für die Bergarbeiter werden und den letzten Mann als Kämpfer auf den Plan rufen.

Wenn sich alle Bergarbeiter der drohenden Gefahren bewußt sind und den entschlossenen Willen zur Abwehr aufbringen, dann werden und müssen auch diese reaktionären Gelüste scheitern.

Löne, die man auf dem nationalsozialistischen Betriebszellenkongress vor den Novemberwahlen vernehmen konnte. Dabemeinte auf dieser Konferenz der Reichsleiter Schulmann wörtlich: „Haben wir erst die Macht, werden in kurzer Zeit Maßnahmen durchgeführt, die die Arbeiter jubelnd zu uns führen.“

Von diesem Jubel haben wir bis jetzt wenig gemerkt. Wird nicht einmal in nationalsozialistischen Kreisen aufkommen können, wenn die an dem Kongress beteiligten Proleten jetzt noch einmal den Duisburger Tagungsbericht studieren. Auf diesen Kongress soll nach dem nationalsozialistischen Zeitungsbericht Gauleiter Ohling aus dem Bezirk Köln-Nachden die Grüße seines Gauves überbracht und betont haben, daß es Pflicht der NSD. sei, der Reaktion beizubringen, die deutschen Arbeiter wieder achten zu lernen statt ihn als Schwein zu beschimpfen, wie eine deutsche nationale Dame kürzlich im Landtage sagte.

Was sagen nun die nationalsozialistischen Proleten dazu, daß die Hitlerpartei mit diesen deutschnationalen Herrschaften ein politisches Bündnis eingegangen ist? Meinen, die nach nationalsozialistischer Auffassung die Arbeiter als Schweine beschimpfen, kann man doch kein Arbeiterpolitiker betreiben.

Schließlich meinte damals der Reichsleiter Schulmann Herr von Papen und seine Helfer werden daran zerbrechen, daß sie das Vertrauen des Volkes nicht besitzen. Herr von Papen ist nicht zerbrochen, sondern regiert mit Hilfe der Hitlerpartei munter weiter. Social Worte, social Lügen. Der nationalsozialistische Redner Böcker betonte, Papen habe versucht, Hitler vor seinen Wagen zu spannen, das sei nicht gelungen, weil Hitler zum deutschen Volke in Treue stand.

Die üble Schamtschlägerei und Verlogenheit, die in diesen Worten liegt, ist inzwischen durch die Bündnispolitik Hitler-Papen-Hugenberg drastisch entlarvt worden. Wenn es deshalb im nationalsozialistischen Lager wirklich verirrte Arbeitnehmer gab, die den radikalen Bekenntnissen der nationalsozialistischen Führer vor einigen Monaten in ehrlicher Ueberzeugung Glauben schenken, dann müssen sich diese Leute heute entrüsten und voller Ekel von dieser Partei abwenden. Denn alles, was man dem Volke predigte, erweist sich in der nationalsozialistischen Praxis als Lug und Trug. Die Gasbomben aber, die gewissenlose Elemente im Nazilager im letzten Wahlkampf zur Vernebelung der Arbeiterschaft fabrizierten, müssen wir, wie vorstehend Darlegungen zeigen, als wahlpolitische Munition immer wieder benutzen. Darüber hinaus werden die Dokumente, besonders die nationalsozialistischen Streikbekenntnisse, solange unvergänglichen Wert besitzen, solange eine reaktionäre Herrschaft im Bunde mit den Nazis die deutsche Arbeiterschaft in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Befreiungskampf mit den unfairsten Mitteln zu behindern versucht.

Aus schneiden und aufbewahren!

Bekenntnis zum Streik als Kampfmittel.

„Die Wirtschaft soll auf dem Rücken, soll unter Opferung der Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft wieder aufgerichtet werden. Darum bekennen wir: jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn von Papen aufs fleißig verordneten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Darum stellt sich die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation in diesem Kampf an die Spitze der deutschen Arbeiterschaft. Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik. Streik gegen die verelendende Politik des volksfremden herrschenden Systems, Streik gegen den Abbau der Löhne, der sozialen Einrichtungen, Streik gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter für die Sünden ihrer falschen Führer hungern zu lassen. Streik gegen den Lohnraub, für Gefundung der Wirtschaft. Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochflanz. Die Amtswalter der NSD. bekennen: Wir fürchten nicht die Zwangsmassnahmen des herrschenden Systems. Wir fürchten keine neue Sozialistenverfolgung, wir haben den marxistischen Terror gebrochen — wir werden auch mit den Schikanen der Herren vom Herrenklub fertig werden. Wir erklären: Jeder berechtigte Streik gegen den Elendsturz des Systems findet unsere Unterstützung in jeder Form.“

Dieses streikwütige Bekenntnis entnehmen wir nicht einem gewerkschaftlichen oder sozialistischen Organ, sondern, wie es aus dem Inhalt schon teilweise hervorgeht, einer nationalsozialistischen Parteizeitung. Bei diesen Auslassungen handelt es sich nämlich um eine Entschlieung, die auf dem Kongress der nationalsozialistischen Betriebszellenleiter, der am 23. und 24. Oktober 1932 in Duisburg tagte, angenommen wurde. Wir entnehmen sie dem parteiamtlichen Organ der Nazi-Partei in Essen, der „National-Zeitung“ vom 25. Oktober 1932.

Da die letzte Notverordnung des Herrn von Papen noch nicht aufgehoben ist, muß jeder Streik dagegen, nach parteioffiziellen Auslassungen der Nazi-Partei, als berechtigt angesehen werden. Aber auch jeder Streik gegen neue wirtschaftliche und soziale Verschlechterungen ist nach den nationalsozialistischen Beschlüssen nicht nur zulässig, sondern sogar geboten.

So erklärte zum Beispiel der Gauleiter Schlich nach einem Bericht der „National-Zeitung“ vom 24. Oktober auf dem Kongress wörtlich folgendes:

„Jetzt, wo alle Arbeitnehmer gegen Papen stehen, werden wir uns rüchichtslos die Führung erlangen. Und wenn die Gewerkschaftsführung jetzt die notverordnete Friedenspflicht anerkennt, wenn sie nicht wagt, einen Streik durchzuführen, so sagen wir: Wenn Herr von Papen uns neunundneunzigmal einsperren läßt, werden wir hundertmal für die Rechte des Arbeiters kämpfen.“

Der Gauleiter Stein erklärte: „Wenn wir streiken, haben wir auch dabei nur Deutschland als Ziel, die deutsche Volksgemeinschaft, in der uns fünf Hand- und Kopfarbeiter lieber sind als tausend Spießer.“

Der Redner empfahl sogar, aus der Belegschaft heraus Streikleitungen zu wählen, um den Streik auf betrieblicher Grundlage zu führen. — Die Nazis legten also in dieser Konferenz, nach ihren eigenen Zeitungsberichten zu urteilen, sehr viele radikale Bekenntnisse ab.

Entsprechend diesen Auslassungen hätte die Hitler-Regierung ihre erste Aufgabe darin sehen müssen, die Papen-Notverordnung aufzuheben. Aber anstatt die sozialen Verschlechterungen rückgängig zu machen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben, erließ die Hitler-Regierung eine Verordnung, in der die Rede- und Pressefreiheit sowie die Versammlungsfreiheit weitgehend unterdrückt werden. Nach dieser Verordnung können Druckschriften, in denen zu einem Streik

in lebenswichtigen Betrieben aufgefördert oder angereizt wird, bis zu sechs Monaten verboten werden. Das gleiche gilt für den Fall eines Generalstreiks. Auf Grund dieser Bestimmungen kann jede Zeitung verboten werden.

Was sagen die nationalsozialistischen Proleten zu dieser Verordnung der neuen Regierung? Das System Papen, das sie hinwegstreifen wollten, selbst wenn man sie neunundneunzigmal einsperre, herrscht immer noch und ist sogar mit Hilfe der Hitlerpartei stabilisiert worden. Praktische Erfolge für die breite Masse bleiben aus. Statt dessen schafft man politische Maulkörbe, die das Gegenteil von dem bezwecken sollen, was die Nazis vor einigen Wochen als Kampflösung herausstellten. Die Taten der Hitler-Regierung sind also ganz anders, als die

Bergwerks-Zeitung fordert Staatsstreich!

Harzburger Front soll auch ohne Reichstagsmehrheit regieren!

In der Sonntagsausgabe vom 5. Februar proklamiert das schwerindustrielle Sprachorgan mit folgenden Worten einen Verfassungsverstoß:

„Für die Wirtschaft bedeutet es eine neue harte Probe, daß nun schon wieder ein Wahlkampf ausgestanden werden muß. Der Zeitpunkt für die Neuwahlen ist wenigstens sehr kurz aberaumat. Man sollte jetzt auch den Preussischen Landtag und die Gemeindevertretung neu wählen; dann ist es auf hoffentlich lange Zeit überstanden! Wenn auch diesmal keine Mehrheit und auch keine Tolerierung für die Regierung dabei herauskommt, dann ist es höchste Zeit, Schluss zu machen. Mit himmlischer Geduld hat der Reichspräsident immer wieder den Parteien Gelegenheit gegeben, sich darauf zu besinnen, wozu sie nach der Verfassung eigentlich da sein sollten. Es kann weder dem greissen Hindenburg, noch der Regierung, noch dem armen, geplagten Volke zugemutet werden, das grausame Spiel noch länger mitzumachen. Versagt auch der neue Reichstag, so wird die Nation Verständnis dafür aufbringen, daß dann der Staatsnotstand erklärt wird.“

Die Herren Redakteure der „Bergwerks-Zeitung“ scheinen zunächst ein schwaches Gedächtnis zu haben. Wenn die fortgesetzten Wahlkämpfe die Wirtschaft wirklich schädigen bzw. die Wirtschaftsbelebung hemmen, dann müßten sie logischerweise die Urheber dieser fortgesetzten Wahlkämpfe feststellen und brandmarken. Die politischen Unruhestifter festzustellen dürfte nämlich gar nicht so schwerfallen. Der im September 1930 gewählte Deutsche Reichstag brauchte erst gegen Ende nächsten Jahres neu gewählt zu werden. Die drei Reichstagswahlkämpfe, auf die wir nach dem 5. März innerhalb weniger Monate zurückblicken werden, waren völlig überflüssig. Um so mehr, weil die Brüning-Regierung eine Parlamentsmehrheit hinter sich hatte und verfassungsmäßig geordnete Zustände herrschten.

Warum hat man deshalb — man verzeihe uns diese naive Frage — die Brüning-Regierung gestürzt? Warum heßt man das Volk von einem Wahlkampf in den andern? Warum, ihr Herren von der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“? Sind es etwa die Linksparteien gewesen, die die Brüning-Regierung stürzten und die wirtschaftsverheerende Kette von Wahlkämpfen auslösten? Oder waren es die Rechtsparteien, die, unbekümmert um Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung, die politischen Mackenkämpfe entfesselten? Waren es die Linksparteien, die eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege ablehnten oder verdanken wir die beiden Wahlkämpfe um den Reichspräsidentenposten den Rechtsparteien, denen das Wohl des Vaterlandes angeblich über allem steht? Wo sitzen die politischen Krisenmacher, denen wir vor allem die überflüssigen Reichstagswahlkämpfe verdanken?

Nur Geschichtsfälscher und Volksbetrüger werden behaupten können, die Politik der Linksparteien und die Haltung der Arbeiterschaft hätten die politische Hochspannung und die Gefahr eines Bürgerkrieges ausgelöst. Nur Geschichtsfälscher werden den deutschen Rechtsparteien und den ihnen nahestehenden Drahtziehern das Zeugnis ausstellen können, ihre verantwortungsbewußte Haltung habe das deutsche Volk inmitten einer furchtbaren Wirtschaftskrise von schweren innenpolitischen Kämpfen verschont. Wenn es deshalb der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ mit ihrer Aufregung gegen die wahlpolitischen Beunruhigungen ernst wäre, dann müßte sie die Politik der Rechtsparteien auf das schärfste beurteilen. Dann müßte sie vor allem ihrem Leser-

kreis mitteilen, daß dieser bevorstehende Wahlkampf nur deshalb notwendig wurde, weil das Hitler-Kabinett irgendwelche Verhandlungen über eine parlamentarische Mehrheitsbildung mit dem Zentrum ablehnte.

Aber anstatt zu betonen, daß dieser Wahlkampf wiederum von der Harzburger Front gewaltsam herbeigeführt wurde, spricht man von der himmlischen Geduld des Reichspräsidenten. Man verlangt nicht mehr und weniger, als daß, falls durch die Neuwahl keine Regierungsmehrheit (lies: Mehrheit für die Harzburger Front. D. Red.) herauskommt, der Staatsnotstand erklärt wird. Das heißt, ungeachtet der demokratischen Verfassung, ungeachtet der politischen Willensstundgebung, ungeachtet der Mehrheit der Wähler soll einfach von oben herab diktiert werden.

Ob die „Bergwerks-Zeitung“ nach dieser Diktatur auch so schreiben würde, wenn die Harzburger Front nicht am Regierungsruder wäre, wagen wir sehr stark zu bezweifeln. Daraus ergibt sich, daß es diesen Herrschaften weniger auf geordnete Staatsverhältnisse, sondern einzig und allein auf die Stabilisierung einer Rechtsregierung ankommt. Der reaktionäre Dreieund Hitler-Papen-Hugenberg soll unter allen Umständen regieren. Wenn nicht mit Hilfe einer Reichstagsmehrheit, dann gegen den Mehrheitswillen des Volkes, gestützt auf Verfassungsbruch und Staatsnotstand.

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, wie verhängnisvoll und gefährlich wir diese Diktaturpläne einer reaktionären Herrschaft halten. Wir haben bereits in der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans darauf hingewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht seit mehr als zehn Jahren einen aufreißenden Kampf gegen die bolschewistischen Diktaturpläne geführt hat, um sich von einer Rechtsdiktatur überrumpeln zu lassen. Die diktaturlüsternen Herrschaften im kapitalistischen Lager spielen deshalb ein gefährliches Spiel, über dessen Tragweite sie sich hoffentlich im Klaren sind.

Die republikanische Bevölkerung Deutschlands, insbesondere die Millionenmasse der organisierten Arbeitnehmer, haben in den bisherigen Zeiten bei allen Wahlkämpfen bewiesen, daß ihr demokratischer Lebens- und Freiheitswille unerschütterlich ist. Auch die Wahlen am 5. März werden beweisen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes von einem politischen Rechtskurs nichts wissen will. Sogar die Redakteure der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ rechnen damit. Aus diesem Tatbestand aber die Schlussfolgerung ableiten zu wollen, nach dem 5. März könne nur mit Hilfe einer Diktatur weiterregiert werden, ist ein ebenso widerfähriger wie katastrophaler Gedankengang. Die Kämpfer der republikanischen Front, die kampfgewohnten Mitglieder der Eisernen Front werden deshalb der diktaturlüsternen Reaktion am 5. März die notwendige Antwort nicht schuldig bleiben. Sie werden aber auch über diesen Volksentscheid hinaus den großkapitalistischen Staatsstreichplänen wirksam zu begegnen wissen. Wir sind daher der „Bergwerks-Zeitung“ für ihre aufklärenden Hinweise außerordentlich dankbar.

7. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 12. bis 18. Februar 1933

Soll es so gehen?

Wir hatten kaum unseren Vorkurs dieser Nummer geschrieben, in dem wir zehntausend Mark auslegen für die Mitteilung, wie Adolf Hitler wirklich Arbeitslosigkeit und Bauernnot beseitigt, als uns die erste Bekanntgabe darüber erreichte. Wir müssen gestehen, daß wir etwas verblüfft waren. Aus Angst, daß wir zahlen müssen? — bewahrt! Vielmehr wegen der Feststellung, daß die zu erwartende Politik des Herrn Reichstanzlers Adolf Hitler noch viel verheerender zu werden scheint, als wir anzunehmen geneigt waren.

Die erste politische Tat, die erste gesetzgeberische Maßnahme zur Behebung der Not, die dieser Reichstanzler bekanntgab, ist nämlich eine

große Zollerhöhung.

Zollerhöhungen bedeuten Verteuerung der Lebenshaltung. Ob eine Regierung nun die Lebenshaltung verteuert oder die Einkommen senkt, ist dasselbe. Beides schwächt die Kaufkraft. Das hat zur Folge, daß weniger Waren gekauft werden können als vorher. Werden weniger Waren gekauft, dann werden weniger Waren produziert und werden auch weniger Arbeiter beschäftigt. So sind die Tatsachen.

Diesmal kommt hinzu, daß die Zollerhöhung auch noch besonders wichtige Waren betrifft, nämlich Fleisch und

Schmalz. Das sind Waren, die der Arbeiter eigentlich unbedingt braucht, um sich seine Arbeitskräfte erhalten zu können, die er aber bis jetzt schon nur wenig genießen konnte, weil es ja nicht zum Unterhalt ausreichte. Und ausgerechnet diese lebenswichtigen Waren werden noch mehr verteuert, so daß der Arbeiter noch weniger davon bekommt. So also gedenkt die „nationale Aufbauregierung“ das „Rettungswerk“ zu vollbringen! Arbeiter, merkt du was?

Nachstehend eine kurze Darstellung über die Zollerhöhungen selbst. Danach werden erhöht (eingeklammerte Zahlen frühere Zollsätze): der Zoll für lebendes Rindvieh auf 50 (27) M. je Doppelzentner, für Schafe auf 45 (22,50) M., für lebende Schweine auf 50 (27) M., für frisches Fleisch auf 100 (45) M., für Fleisch, einfach zubereitet, auf 150 (60) M. und für Schmalz auf 50 (12,50) M. Das Ganze bedeutet, wenn sich die Zölle voll in Preiserhöhung auswirken, eine Verteuerung von 20 bis 50 Pf. pro Pfund der genannten Waren.

Arbeitendes Volk, soll es wirklich in Zukunft so gehen? Erhoffst du wirklich auf diesem Wege die Rettung? Wenn nicht, dann Sorge dafür, daß die Herren der jetzigen Regierung mit ihren Parteien eine Lektion erteilt bekommen. Keine Stimme deshalb den Regierungsparteien und den „feinen“ Leuten!

Die „Novemberverbrecher“ antworten!

Wer in der Regierungserklärung des Hitler-Kabinetts politische Vorschläge und ein Ausbauprogramm sucht, wird vergeblich suchen. Dafür wird er um so mehr Anklagen und schiefse Behauptungen agitatorischer Art finden. Anscheinend besteht die Regierungskunst der Harzburger Front hauptsächlich im Schlimpfen. Um so mehr ist die Antwort zu begrüßen, die der sozialdemokratische Parteiführer Weis der Harzburger Front auf einer riesigen Massenkundgebung der Eisernen Front in Berlin gab. Er führte u. a. aus:

„Der politische Mord rast durch Städte und Dörfer. Mit Entsetzen sieht die Welt auf unser Land, das einstmal das Land der Dichter und Denker hieß, mit dem verächtlichen heute die Länder des Balkans als friebliche Kinderstuben erscheinen.“

Hitler hat in einer Rede, für die das gesamte Reichskabinett sich verantwortlich erklärt hat, wiederum von den Novemberverbrechern gesprochen. Er sprach ferner von den vierzehn Jahren, in denen der Marxismus Deutschland zugrunde gerichtet habe. — Aber wie war es damals vor vierzehn Jahren? Damals war Deutschland ein Scherbenhaufen, damals standen wir vor der schwersten Aufgabe, die ein Volk seit Menschengedenken zu bewältigen hatte. Hugenberg und von Papen kennen die Parteien genau, die das Trümmerfeld von 1918 herbeigeführt haben. 150 Milliarden Mark Kriegsschulden und ein Heer von Kriegsgewinnlern und Schiebern waren geächtet.

Eine marxistische Regierung hat Deutschland vor dem Verzug bewahrt. Millionen deutscher Soldaten wurden durch gesetzliche Maßnahmen in wenigen Monaten in ihre alten Ar-

beitsstätten untergebracht. Der Plan der Kriegsgegner, Deutschland zu besetzen und zu zertrümmern, wurde abgewehrt. Das zerstörte Verkehrswesen, die vernichtete Handelsflotte, die abgelieferte Rheinflotte, die jahrelange Blockade, die nach dem Kriege noch verbleibende, die Erschütterungen der ganzen Volkskraft schienen für den Wiederaufbau unüberwindbare Hindernisse. Sie wurden überwunden. Aber das geschah nicht mit schwülstigen Redensarten, sondern nur durch übermenschliche Einsetzung der Kräfte, durch angestrengteste Arbeit.

Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert, sagen die Nationalsozialisten und Deutschenationalen, aber fünf Jahre nur war die Sozialdemokratie an den Regierungen beteiligt.

Das aber, was an wirklicher Ausbauarbeit geleistet wurde, fällt in die erste Zeit nach dem Kriege, in der allein sozialistischer Einfluß herrschte. Damals haben wir das Dreiklassenwahlrecht beseitigt, wir haben die Gefindeordnung abgeschafft und den rechtfertigen, staatsfeindlichen Arbeiter dem Rechte näher gebracht.

Wir haben dem Arbeiter das Recht der Arbeit garantiert und den Arbeitslosen die Unterstützung des Staates gesichert. Wir haben den Arbeitenden durch das Tarifrecht den Lohn garantiert. Was wir außenpolitisch geleistet haben, wird dadurch nicht geringer, daß Herr von Papen in Lausanne die Früchte unserer Arbeit ernten konnte. Die Rheinlandbefreiung, die Herabsetzung der Reparationen ist das Verdienst der von uns eingeleiteten, von Rathenau, Stresemann und Brüning fortgeführten Außenpolitik. Hugenberg weiß das genau. Die Nationalsozialisten waren vier Jahre lang mit führend in der Regierung.

Setzt ihnen die Führer der Nationalsozialisten und Deutschenationalen mit Herrn von Papen, der dreizehn Jahre lang als Zentrumsgesandter im Preussischen Landtag mit den marxistischen Parteien zusammen stimmte, in der Regierung. Ach! Lago ist das neue Kabinett jetzt am Ruder.

Wo sind Hitlers Taten?

Immer noch nicht hat das Volk die Wunderrezepte kennen gelernt, mit denen die Nationalsozialisten im Handumdrehen Not und Glend für alle Bevölkerungsklassen zu beseitigen versprechen. Sie ruhen weiter verborgen im Schubfach der Braunen Häuser.

Statt dessen ist ein Kampf um die Jullertrippe in vollem Gange und schon gibt man der Bejornis Ausdruck, daß die Nationalsozialisten sich insgeheim nach anderen Bundesgenossen umsehen, wenn es ihnen nicht gelingt, bei den Wahlen zum Reichstag die Mehrheit zu erhalten.

Indessen jagt eine Rotverordnung die andere. Immer stärker schwindet das Bewußtsein im Volke, in einem Rechtsstaat zu leben. Eine Unmenge von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir auch blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, die Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt. Der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter sind wegen des Wahlausrufes des Parteivorstandes beschlagnahmt worden. Außerdem wurde ein Hochverratsverfahren eingeleitet.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich vor dem Oberreichsanwalt zu seinem Aufruf als verantwortlich bekannt. Wir sehen den Dingen mit Ruhe entgegen, aber wir erinnern daran, daß es das Reichsgericht war, das es ablehnte, gegen die Verfasser der Vorheimer Dokumente als Hochverräter einzuschreiten. Man vergleiche jenes bluttriefende Dokument mit dem Aufruf des Parteivorstandes und man wird denen recht geben, die sagen: Hochverrat, wie hast du dich verändert!

Die Arbeiterschaft läßt sich durch die Strafandrohungen der Hitler-Regierung nicht einschüchtern. Sie hat schon in anderen Zeiten den Kampf zu führen gewußt mit ihren erprobten Mitteln und wird ihn führen in der Art, wie sie es für richtig hält: Disziplin und Geschlossenheit! Das ist es, was die Eisernen Front in ihrem Kampf für die Freiheit zusammenhält. Die Eisernen Front weiß, daß man die Menschen durch Furcht nicht überzeugen kann, daß alle Gewalttaten und Bedrohungen die Stirne der Menschen nicht erobern, sondern sie abstoßen, daß keine Kniffe, keine med. anische Leberimpfung den, der das Volk erobern will, von der Notwendigkeit entbindet, die Mehrheit der Nation durch Belehrung, Propaganda und durch Methoden auf dem Boden der Rechtsgleichheit zu gewinnen. In diesem Sinne führen wir unseren Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, die Einheit des wertvollen Volkes.“

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft — das heißt, genau gesprochen, die schriftlich überlieferte Geschichte — ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junkerbürger und Gesell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“ Marx und Engels.

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
15. Copyright by Mallk-Verlag.

Im Laufe des Vormittags vernahm Hal auf dem Korridor Schritte; ein unbekannter Mann öffnete die eiserne Tür und stellte einen Krug Wasser und einen Blecheller mit einem Stück Brot hinein. Als er die Zelle verlassen wollte, sagte Hal: „Bitte, einen Augenblick.“

Der andere sah ihn starrunzelnd an.
„Können Sie mir nicht sagen, wie lange ich ungefähr hier bleiben muß?“

„Ich kann es nicht“, erwiderte der Mann.
„Wenn ich schon eingesperrt werde, so habe ich wenigstens das Recht, zu erfahren, wessen ich angeklagt bin.“

„Gehen Sie zur Hölle“, brummte der andere, schlug die Tür zu und entfernte sich den Gang entlang.

Hal trat wieder ans Fenster und vertreibt sich mit dem Beobachten der Vorübergehenden die Zeit. Zerlumpte Kinder sammeln sich unter dem Fenster, blicken herauf, grinsen, machen ihm Zeichen, bis jemand kam und sie forttrieb.

Mit der Zeit wurde Hal hungrig. Der Geschmack des Brotes wird, allein genossen, auf die Dauer langweilig, und der Geschmack des Wassers hilft dem nicht ab; trotzdem kaute Hal am Brot, trank das Wasser und hätte gern noch mehr davon gehabt.

Langsam schlich der Tag hin. — Spät am Nachmittag erschien abermals der Wärter, brachte ein neues Stück Brot und frisches Wasser. „Hören Sie, nur einen Augenblick!“ rief Hal, als der Mann sich zum Gehen anschickte.

„Ich habe Ihnen nichts zu sagen“, brummte der.
„Aber ich habe Ihnen etwas zu sagen; ich habe nämlich einmal ein Buch gelesen, ich weiß nicht mehr recht wo, doch war es von einem Arzt geschrieben, und darin stand, daß Weißbrot nicht genügend Nährwert enthalte, um allein dem menschlichen Organismus zu genügen.“

„Lassen Sie mich in Ruhe“, murrte der Kerkermeister. „Was wollen Sie denn eigentlich?“

„Ich meine nur, daß ich mir nicht gerade freiwillig eine Diät von Brot und Wasser wählen würde.“

„Was würden Sie denn wählen?“

Der Ton dieser Frage ließ diese als rein rhetorisch erkennen, Hal jedoch sagte sie buchstäblich auf: „Wenn ich ein Beefsteak bekommen könnte und etwas Kartoffelbrei.“

Die Zellentür fiel dröhnend ins Schloß; der Lärm verschlang den letzten Rest phantastischen Gefängnisgenusses. Wiederum sah Hal auf der harten Bank und hing Gefängnisgedanken nach.

Es war bereits spät; wie spät, das wußte Hal nicht, er merkte nur, daß die Lichter im Dorf erloschen. Er sah ein, daß er auch diese Nacht hier verbringen müsse; legte sich, den Kopf auf dem Arm gebettet, auf den Fußboden und war bereits abgeschlummert, als er am Fenster einen tragenden Laut vernahm.

Er setzte sich auf und vernahm ein Rascheln wie von Papier. Rasch sprang er ans Fenster und sah im blassen Licht der Sterne, daß etwas vor dem Gitter schwankte. Er griff danach; es war ein an einer Stange befestigtes gewöhnliches Notizbuch.

Hal blühte hinaus, konnte jedoch niemand sehen. Er packte die Stange, schüttelte sie zum Zeichen, daß er das Büchlein an sich genommen habe und vernahm ein Flüstern, in dem er sofort Novettas Stimme erkannte: „Hallo! Höre! Schreib deinen Namen hundertmal in das Buch. Ich komme zurück! Verstanden?“

Der Befehl war recht verwirrend, doch gab es für Erklärungen keine Zeit; Hal erwiderte „Ja“ und betrachtete das Buch genauer. Ein Bleistift war daran befestigt, die Spitze im Wachsloch eingewickelt, um das Abbrechen zu verhindern.

Die Stange verschwand, Hal setzte sich und schrieb auf jede Seite drei, viermal: Joe Smith, — Joe Smith, — Joe Smith. Diese zwei Worte kann man sogar im Finstern schreiben, und während Hals Hand sich hastig bewegte, verfluchte sein Geist das Geheimnis zu enträtseln. Man konnte kaum annehmen, daß das Komitè sein Autogramm als Andenken verteilen wollte; es brauchte dieses für einen bestimmten Zweck, um eine neue List der Aufseher zu durchkreuzen. Gar bald hatte er auch die Lösung des Rätsels gefunden. Da man bei ihm kein Geld entdecken konnte, hatten die Aufseher einen Brief gefälscht, den sie als von ihm geschrieben vorwiesen, und brachten die Freunde seine Unterschrift, um die Fälligkeit nachweisen zu können.

Hal beschrieb eine große klare Schrift; er wußte, daß sie weder der Alec Stones, noch dem Getriehel eines ungebildeten Arbeiters gleichen konnte. Der Bleistift flog über das Papier, Joe Smith, — Joe Smith, — Joe Smith, bis Hal sicher war, er habe für jeden Häuer der Grube eine Unterschrift geliefert und daß nun die Gefährten an die Reihe kämen. Dann, von draußen einen Pfiff vernehmend, hielt er im Schreiben inne und eilte ans Fenster.

„Wief!“ flüsterte eine Stimme, und Hal warf das Büchlein hinaus. Er sah eine Gestalt in der Ferne verschwinden, dann wurde alles wieder still. Er lauschte noch eine kleine Weile, ob sein Kerkermeister wohl erwacht sei, dann kauerte er sich auf der Bank zusammen und dachte abermals viele schwere Gefängnisgedanken.

Und wieder tagte es, wieder schrillte die Sirene; wieder stand Hal am Fenster. Er bemerkte, daß viele der vorübergehenden Bergleute kleine Zettel in den Händen hielten, die sie auffällig gegen das Fenster schwenkten. Der alte Mike Sitoria trug ein ganzes Bündel und reichte jedem einen Zettel hin, der ihn nehmen wollte. Gewiß war ihm eingeschärft worden, dies im geheimen zu tun, aber offensichtlich war die Erregung Herr über ihn geworden; er hüpfte umher wie ein Benjakämlein und winkte Hal vor aller Augen mit den Zetteln zu.

Dieses indirekte Benehmen erhielt den Lohn, den es herausforderte. Hal sah eine gedrungene Gestalt um die Ecke biegen und sich vor dem erschrockenen alten Slowaken aufpflanzen. Dies war Bud Adams, der Grubenpolizist; seine Kräfte waren gewaltig, der Körper zum Schlag gestrafft. Mike sah ihn, und plötzliche Lähmung schien den alten Mann zu befallen; die arbeitserbeugten Schultern sanken zusammen, die Finger spreizten sich; wirbelnd fielen die wertvollen Zettel zu Boden. Gleich einem festgebannten Kaninchen starrte Mike auf Bud, keine einzige Bewegung des Schüßes wagend.

Hal rüttelte am Gitter; ihm war, er müsse hinauspringen. seinen Freund verteidigen; doch der erwartete Schlag blieb aus.

der Grubenpolizist begnügte sich damit, den alten Mann wütend anzublicken und ihm einen kurzen Befehl zu erteilen. Mike bückte sich und sammelte die Zettel auf, — dies währte geraume Zeit, da er die Augen nicht vom Grubenpolizisten abwenden konnte oder wollte. Als er alle Zettel in den Händen hielt, kam ein neuer Befehl und er lieferte sie Bud ab. Dann trat er einen Schritt zurück und der andere folgte ihm noch immer mit geballten Fäusten, schlagbereit. Mike zog sich einen weiteren Schritt zurück, noch einen, — dann noch einen; derart verschwand die beiden aus Hals Gesichtskreis. Arbeiter, die dem Vorfall beiwohnten, wandten sich um und schlichen davon, und Hal wußte nicht, wie es schließlich endete.

Etliche Stunden später erschien Hals Kerkermeister, diesmal ohne Brot und Wasser; er öffnete die Tür und befahl dem Gefangenen, ihm zu folgen. Hal ging in Jeff Cottons Büro hinab.

Der Berghauptmann sah vor seinem Schreibtisch, eine Zigarre zwischen den Lippen. Er schrieb, als Hal eintrat, und legte die Feder erst aus der Hand, nachdem der Wärter das Zimmer verlassen hatte. Dann wandte er sich in seinem Drehstuhl, kreuzte, sich zurücklehnd, die Beine und betrachtete den jungen Bergmann, der in schmuggigen Zwilchhosen, mit verwaschenem Haar und blassen Gesicht vor ihm stand. Ein Lächeln lag auf den aristokratischen Gesichtszügen des Berghauptmanns. „Nun, junger Mann“, meinte er, „Sie haben in der letzten Zeit viel Bergnügen in dieser Grube erlebt.“

„Durchaus genug, danke“, erwiderte Hal.

„Sie haben uns auf der ganzen Linie geschlagen, wie?“

Dann nach einer Pause: „Sagen Sie mir nur, was Sie bei der ganzen Sache profitieren?“

„Das hat mich bereits Alec Stone gefragt“, entgegnete Hal.

„Ich glaube, es hat keinen Sinn, sich auf Erklärungen einzulassen, Sie dürften wohl ebensowenig an Altruismus glauben wie Stone.“

Der Berghauptmann nahm die Zigarre aus dem Mund und streifte die Asche ab; sein Gesicht wurde ernst. Er betrachtete Hal schweigend, fragte schließlich: „Sind Sie Gewerkschaftsorganikator?“

„Nein.“

„Sie sind ein gebildeter Mensch, kein Arbeiter, das weiß ich. Wer zahlt Sie?“

„Sehen Sie, auch Sie glauben nicht an Altruismus!“ Cotton blies einen Rauchring durchs Zimmer. „Sie wollen also ausschließlich der Gesellschaft Schwierigkeiten bereiten, wie? Sind eine Art Agitator?“

„Ich bin ein Bergmann, der Waagekontrollleur sein will.“

„Sozialist?“

„Das hängt davon ab, wie die Dinge sich weiter entwickeln.“

„Gut“, sagte der Berghauptmann. „Ich sehe, daß Sie ein intelligenter Bursche sind. Daher lege ich meine Karten offen auf den Tisch und Sie dürfen sie studieren. Sie werden weder im Nordtal, noch in irgendeiner anderen Grube der Allgemeinen Belegschafts-Gesellschaft Waagekontrollleur werden; auch sollen Sie nicht die Freude erleben, der Gesellschaft Unannehmlichkeiten zu bereiten. Uebrigens werden wir Sie auch nicht verprügeln und dadurch zum Märtyrer stampeln; ich hatte zwar vorige Nacht nicht über Lust dazu, habe mich aber anders besonnen.“

„Könnten Sie nicht auch die Beulen auf meinem Arm wieder rückgängig machen?“ warf Hal in lebenswürdigem Tone ein.

Ohne diesen milden Sarkasmus zu beachten, fuhr der Berghauptmann fort: „Wir lassen Ihnen die Wahl zwischen zwei

Arbeitskammer und Zechenstilllegung.

Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebiets nahm gegen die drohende Zechenstilllegung im Haniel-Konzern folgende Entschliessung an: „In einer Entschliessung vom 2. Dezember 1932 hat sich die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer mit aller Entschiedenheit gegen die drohende Stilllegung der Zeche Sachsen in Heesbeen bei Hamm i. W., die durch das Quotengeschäft zwischen dem Haniel-Konzern und der Mansfeld-W.G. bzw. dem Großindustriellen Otto Wolff entstanden ist, gewandt. Der Anlauf der Sachsentzcheidung durch den Haniel-Konzern sollte unter der Voraussetzung erfolgen, die Zeche Sachsen stillzulegen und dadurch beim Kohlenprodukt in den Genuss einer höheren Absatzquote zu kommen.“

Die seitens der Belegschaft, der Arbeitnehmer der Arbeitskammer und der interessierten Kommunen gegen die Stilllegung der Zeche Sachsen ausgeübten Widerstände haben nun anscheinend dem Haniel-Konzern bzw. der Gewerkschaft Rheinpreußen Veranlassung gegeben, beim zuständigen Regierungspräsidenten in Düsseldorf Stilllegungsanzeige für eine ihrer Zechen zu erstatten. Es ist hierbei zunächst offengelassen, ob von dieser Stilllegung eine Schachtanlage von Rheinpreußen oder die Zeche Neumühl in Hamborn betroffen wird.

Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer ist der Auffassung, daß das Vorgehen des Haniel-Konzerns, eine seiner Schachtanlagen stillzulegen, lediglich Vorwand ist. Anscheinend ist der Haniel-Konzern erst durch die Schwierigkeiten, die sich durch die beabsichtigte Stilllegung der Zeche Sachsen ergaben, auf diese Idee gekommen, um die Behörden für die Erreichung ihres Zieles gefügig zu machen. Bedinglich die Tatsache, daß der Großindustrielle Otto Wolff sich wegen Unstimmigkeiten mit der Mansfeld-W.G. und wegen Geldschwierigkeiten zu dem Verkauf der Sachsentzcheidung entschloß, hat überhaupt erst das Interesse des Haniel-Konzerns an diesem Quotengeschäft hervorgerufen; andernfalls würde er wohl kaum auf den Gedanken gekommen sein, die Stilllegung einer Schachtanlage vorzubereiten.

Sowohl die Zeche Sachsen als auch die Zechen des Haniel-Konzerns gehören mit zu den bestausgebauten Schachtanlagen des Ruhrgebiets und es wäre die Stilllegung einer dieser Zechen von volkswirtschaftlichen und kommunalpolitischen Gesichtspunkten aus nicht zu rechtfertigen. Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer erwartet daher von den maßgebenden Regierungsstellen, daß die beabsichtigte Zechenstilllegung verhindert wird.

Nach Ansicht der Arbeitnehmergruppe kann den Zechenstilllegungen nur Einhalt geboten werden, wenn seitens der Reichsregierung dem wiederholten Verlangen der Arbeitnehmer der Arbeitskammer (siehe Eingaben vom 14. Nov. 1924, 29. April 1926, 12. Okt. 1926 und 2. Dez. 1932) entsprochen und durch

den sofortigen Erlass einer Verordnung bzw. durch Gesetz die Quotenübertragung von einer Zeche auf die andere verboten wird, und in dem Falle, in dem es sich um einen Konzern handelt, für dessen einzelne Zechen Beteiligungsziffern nicht bestehen, die Beteiligung des Konzerns in dem Umfange verringert wird, wie es die Jahresförderung der in Frage kommenden Zeche im Verhältnis zur Gesamtbeteiligung ergibt. Grundsätzlich ist die Arbeitnehmergruppe jedoch nach wie vor der Auffassung, daß, wie auch bereits in der Entschliessung vom 2. Dez. 1932 zum Ausdruck gebracht, diesen Machenschaften am wirksamsten begegnet werden kann, wenn der Förderung der Bergbauarbeitnehmerchaft auf Verstaatlichung des gesamten Bergbaues entsprochen wird.

Das Verhalten der einzelnen Gruppen hat bewiesen, daß die Einheitsfront: Zechenverband, R.G.O., Einheitsverband und Deutscher Arbeiter (Selbe) in der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau gegenüber dem 2. Dezember 1932 Fortschritte gemacht hat.

In dieser Sitzung haben sich die Vertreter des Einheitsverbandes und der Vertreter der Selben bei der Abstimmung über die Entschliessung und gegen die Stilllegung der Zeche Sachsen nach der Stimme enthalten. Die Unternehmer stimmten allein dagegen.

Am 7. Februar 1933 stimmten Zechenverband, Einheitsverband und Selbe gemeinsam gegen die vorstehende Entschliessung. Nicht mehr Stimmenenthaltung übte also der Einheitsverband, sondern er ging offen mit dem Zechenverband, weil in der Entschliessung auch die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert wurde, obgleich in derselben in erster Linie gegen die Zechenstilllegungen im Haniel-Konzern protestiert wird. Selbst die oberen Bergbeamten gingen nicht so weit. Obwohl auch sie gegen die Verstaatlichung sind, haben sie trotzdem der Entschliessung der Arbeitergruppe zugestimmt.

Der Haß gegen die Gewerkschaften und ihre Förderung auf Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaft vereint Zechenverband, R.G.O., Einheitsverband und Selbe. Wenn auch aus verschiedenen Motiven, so ziehen sie doch gemeinsam an einem Strang, wenn es gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften geht.

Bergarbeiter! Lernt hieraus eure Feinde erkennen! Gebt ihnen am 5. März die richtige Antwort und wählt Liste 2 (S.P.D.)! Zerstückelt die Dreieinigkeits-Zechenverband, Einheitsverband, Deutscher Arbeiter (Selbe)!

Wählt bei den bevorstehenden Betriebsrätemahlen nur die Kandidaten der freien Gewerkschaften, des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Dem Zuchthausstaat entgegen.

Eine der ersten Taten des Hitler-Kabinetts war eine neue Notverordnung gegen die Presse und Versammlungen. Die Versammlungsfreiheit ist weitgehend eingeschränkt worden. Das Reichsinnenministerium ist durch die Verordnung mit Machtvollkommenheiten ausgestattet worden, die bis dahin noch niemals ein Minister besessen hat. Der Reichsinnenminister kann im ganzen Reiche von Königsberg bis Konstanz, von Oldenburg bis Opatowitz, jede politische Geldsammlung untersagen, jede Parteiuniform verbieten, jede Versammlung unmöglich machen. Das

Möglichkeiten: entweder Sie unterschreiben ein Dokument, in dem erklärt wird, daß Sie von Alec Stone fünfundsiebzig Dollars angenommen haben (in diesem Falle werden Sie entlassen und es geschieht Ihnen weiter nichts), oder wir werden beweisen, daß Sie das Geld genommen haben und das ist für Sie gleichbedeutend mit fünf bis zehn Jahren Gefängnis.“

Als Hal die Wahl zum Waagekontrollleur annahm, hatte er erwartet, aus der Grube hinausgeworfen zu werden und er wäre mit dem Gefühl gegangen, genug für seine soziale Bildung getan zu haben. Nun jedoch, da er in die drohenden Augen des Berghauptmanns blickte, beschloß er plötzlich, das Nordtal nicht zu verlassen. Er wollte bleiben, um diesen gigantischen Räuber, die Allgemeine Beheizungs-Gesellschaft, noch genauer kennenzulernen.

„Das ist eine schwerwiegende Drohung, Herr Cotton“, bemerkte er. „Lun Sie öfters solche Dinge?“

„Wir tun sie, wenn es sein muß.“

„Das eröffnet mir eine neue Perspektive; sagen Sie mir mehr darüber. Worauf soll die Anklage lauten?“

„Ich weiß es noch nicht — das ist Sache unserer Anwälte. Vielleicht lautet sie auf Verschwörung oder Erpressung, jedenfalls auf das, was eine schwere Strafe nach sich zieht.“

„Dürfte ich, ehe ich mich entscheide, den Brief sehen, den ich geschrieben haben soll?“

„Oh! Sie haben schon von dem Brief gehört?“ Erstaunt zog der Berghauptmann die Brauen in die Höhe; dann nahm er vom Schreibtisch ein Blatt Papier und reichte es Hal hin. Dieser las:

„Lieber Herr Stone, Sie brauchen wegen Waagekontrollleur keine Sorge nicht haben. Zalen Sie mir fünfundsiebzig Dollars und ich mache alles in Ordnung. Ihr ergebene Joe Smith.“

Nachdem Hal den Brief durchgelesen hatte, betrachtete er das Papier und bemerkte, daß seine Feinde sich nicht nur die Mühe genommen, einen Brief zu fälschen, sondern diesen sogar photografiert und die Photographie vervielfältigt hatten. Zweifellos waren die Vertriebsfähigkeiten überall in der Grube verbreitet worden. Und das Ganze war im Verlauf weniger Stunden bewerkstelligt! Offen hatte recht, es gab ein richtiges System, um die Leute zu täuschen.

Hal überlegte eine kurze Spanne Zeit. „Herr Cotton“, sagte er endlich, „meine Orthographie ist etwas besser, auch ist meine Schrift fließender.“

Ein schwaches Lächeln zeigte über die grauen Lippen des Berghauptmannes. „Ich weiß“, erwiderte er. „Ich habe nicht ermanget, die Schriften zu vergleichen.“

„Sie besitzen einen guten Geheimdiener.“

„Sie werden noch erfahren, junger Mann, daß unsere juristische Abteilung ihm nicht nachsteht.“

„Ain“, meinte Hal, „Sie wird sich auch anstrengen müssen; ich sehe nicht ein, wie Sie die Tatsache umgehen wollen, daß ich ein dem Gesetz gemäß gewählter Waagekontrollleur bin, und daß eine Gruppe Bergleute hinter mir steht.“

„Wenn Sie damit gerechnet haben, so irren Sie sehr. Sie haben keine Gruppe mehr hinter sich.“

„Ah! Sie sind sie schon losgeworden?“

„Wir sind die Rädelsführer losgeworden.“

„Wen?“

„Zum Beispiel den alten Ziegenbock, den Sitoria.“

„Sie haben ihn hinausgeworfen?“

Recht der Landesregierungen ist zu einem wesentlichen Teile eingeschränkt worden. Die örtlichen Polizeibehörden sind befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. Nicht minder schwerwiegend ist das Vorgehen gegen Druckschriften und Zeitungen. Druckschriften, „deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden“, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Eine periodische Druckschrift kann sogar auf die Dauer von einem Jahre dem Verbot verfallen. Und dieses Verbot kann ausgesprochen werden auf

„Ja.“

„Den Anfang dazu sah ich. Wohin schickten Sie ihn?“

„Das herauszufinden“, lächelte der Berghauptmann, ist Sache Ihres Geheimdienstes.“

„Wen noch?“

„John Edstrom ging seine Frau begraben. Es ist nicht das erstemal, daß dieser fauertöpfige alte Prediger uns Schwierigkeiten macht, doch ist es nun das letztemal gewesen. Sie können ihn in Pedro antreffen — wahrscheinlich im Armenhaus.“

„Rein“, fiel Hal rasch ein, und leiser Triumph klang aus seiner Stimme. „Sobald braucht er nicht ins Armenhaus zu gehen. Ich habe ihm nämlich fünfundsiebzig Dollars geschickt.“

Der Berghauptmann runzelte die Stirn. „Wirklich?“ Dann nach einer Pause: „Also Sie hatten doch das Geld bei sich! Ich meinte, der lausige Grieche hätte es gestohlen.“

„Rein, Ihr Schurke war darin ehrlich; aber auch ich war es. Ich wußte, daß Edstrom seit Jahren um sein Gewicht betrogen worden ist, daher hatte er alles Recht auf das Geld.“

Natürlich lag Hal, denn das Geld lag noch vergraben in Edstroms Hütte; doch hatte Hal vor, es dem alten Bergmann zu schicken, inzwischen wollte er Cotton von der Spur abbringen.

„Ein geschickter Kniff, junger Mann!“ jagte der Berghauptmann. „Doch werden Sie ihn noch bereuen, bevor Sie mit der Sache fertig sind; außerdem bestärkt es meinen Entschluß, Sie irgendetwas unterzubringen, wo Sie uns nicht mehr schaden können.“

„Sie meinen im Gefängnis? Aber die Sache wird doch vor ein Geschworenengericht kommen; tanzen auch die Geschworenen alle nach Ihrer Pfeife?“

„Man sagt, Sie hätten für die politischen Zustände in Pedro reges Interesse gezeigt; haben Sie nicht unser Geschworenensystem ebenfalls studiert?“

„Rein, so weit kam ich nicht.“

Von neuem blies der Berghauptmann Rauchringe in die Luft. „Nun, auf unserer Geschworenensliste stehen etwa dreihundert Leute, die wir alle gut kennen. Sie dürften im Gerichtssaal Jake Predowick als Vorsitzenden finden, ferner als Geschworene: drei Warenhausangestellte, zwei von Raymonds Schankwirten, einen Farmer, auf dessen Besitz eine Hypothek der Gesellschaft lastet, und fünf Mexikaner, die von der ganzen Sache kein Wort verstehen, jedoch bereit sind, für ein Glas Whisky Ihnen ein Messer in den Rücken zu stoßen. Der Staatsanwalt des Distrikts begünstigt in seinen Reden die Bergleute, in seinen Taten jedoch uns, und Richter Denton ist der Kompagnon von Bagleman, unserem Hauptbeirat.“

„Ja“, sagte Hal, „ich habe bereits von „Raymonds Reich“ gehört, — nun interessiert es mich, den Apparat kennenzulernen. Sie sind übrigens recht aufrichtig.“

„Ich möchte“, erwiderte der Berghauptmann, „daß Ihnen klar wird, wenn Sie sich widersetzen. Wir haben den Kampf nicht begonnen und sind auch gern bereit, ihn im guten zu beenden. Wir möchten nur, daß Sie den uns zugefügten Schaden wieder gutmachen.“

„Unter „Gutmachen“ verstehen Sie, daß ich mich der Schande auslieferer und den Leuten erkläre, ich sei ein Verräter?“

„Ja“, erwiderte der Berghauptmann.

„Ich glaube, das muß ich Ihnen überlegen“, meinte Hal. Er zog einen Stuhl heran, ließ sich nieder, streckte die Beine weit von sich und räkelte sich bequem. „Die Bank dort oben ist furchtbar hart“, sagte er und lächelte den Berghauptmann spöttisch an.

(Fortsetzung folgt.)

Grund von Bestimmungen, die sehr weitgehend ausgelegt werden können. Zum Beispiel, wenn in ihnen zum Ungehörig gegen Gesetze oder Verordnungen und Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung aufgefordert oder angereizt wird, wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder solche verherlich werden.

Für die Gewerkschaftspressen ist besonders der Abs. 4 des § 9 der Verordnung von Belang. Nach diesem Absatz können periodische Druckschriften verboten werden, „wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb aufgefordert oder angereizt wird.“ Das ist eine Bestimmung, die das Koalitionsrecht weitgehend einengt. Die Arbeiterklasse kann gezwungen werden, einen Generalstreik zu erklären. Wenn eine Gewerkschaftszeitung dazu auffordert, kann sie auf Grund dieses Paragraphen verboten werden.

Wer bestimmt ferner, was ein lebenswichtiger Betrieb ist? Ein sehr großer Teil der bestehenden Betriebe kann als lebenswichtig erklärt werden. Wenn in einem solchen Betriebe gestreikt wird, ist die Gefahr vorhanden, daß ein Gewerkschaftsblatt mit dieser Verordnung in Konflikt gerät, wenn es den Streik der Organisation pflichtgemäß unterstützt.

Auf die übrigen Paragraphen der Verordnung wollen wir weiter nicht eingehen. Dieselben sind derart kaufmännisch, daß sie jederzeit zu einem Einschreiten der Behörden Anlaß geben. Der Reichsverband der deutschen Presse, in dem die Journalisten ohne Unterschied der politischen Parteirichtungen zusammengeschlossen sind, hat in letzter Stunde gegen die Einschränkung der Pressefreiheit gewarnt. Die Antwort auf diese Warnung war die Veröffentlichung der Rotverordnung.

Hugenbergs Machtfülle.

All die Jahre hindurch war der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, der politische Sachverwalter der extremsten Richtung des Unternehmertums. In ihm verkörperte sich der Reaktionsär alter Schule. Als ehemaliger Generaldirektor der Firma Krupp leitete er die Befugnis her, über Wirtschaft und sozialpolitische Dinge ein sachmännisches Urteil abgeben zu können.

Nun hat dieser Mann im Kabinett Hitler das Reichsernährungsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das preußische Landwirtschaftsministerium übertragen bekommen. Er hat also das Hegeinmaleins fertiggebracht: Aus drei macht eins! Das Reichsarbeitsministerium hat der bekannte Stahlhelmführer Selde übernommen. Es ist das erstemal, daß ein Unternehmer Minister der Sozialpolitik geworden ist. Doch steht es noch nicht fest, inwieweit das Reichsarbeitsministerium in seiner heutigen Form bestehen bleibt. Es war beabsichtigt, die Fragen des Arbeits- und Tarifrechts vom Reichsarbeitsministerium loszutrennen und sie als besondere Abteilung Hugenberg zu unterstellen. Der Protest, der dieserhalb im Lande anhub, hat die Regierung von der Verwirklichung dieses Planes abgebracht.

Man merkt deutlich, daß man bis zur Wahl einen derart folgenschweren Schritt zu unterlassen gedenkt. Über die Lieblingsidee Hugenbergs, auch das Reichsarbeitsministerium mit in sein Machtbereich einzubeziehen, ist dadurch noch nicht aufgegeben. In den bisherigen Regierungen hatten die drei großen Berufsstände Industrie und Handwerk, Landwirtschaft und Arbeiter und Angestellte ihre Vertretungen in entsprechenden Ministerien. Jetzt hat Hugenberg die Aufgabe übernommen, als Alleinherrscher die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Man denke, daß Hugenberg der Vertreter der extremen Richtung nicht nur in sozialpolitischen Dingen ist. Er war der Vertreter der Idee der Kontingenzierungspolitik, der Autarkie und der einseitigen Unterstützung der Landwirtschaft. Mag er die Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums übernehmen oder nicht, er wird dennoch infolge seiner Machtfülle die Sozialpolitik weitgehend beeinflussen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ sprach erst kürzlich deutlich aus, daß erfenlicherweise in der neuen Regierung eine Arbeitssteigerung eingetreten sei. Die Nazis beherrschen die Innenpolitik und sehen sich hier mit aller Rücksichtslosigkeit durch und die Scharfmacher vom Schlage Hugenbergs sind die Gebieter über Wirtschaft und Arbeit. Das arbeitende Volk Deutschlands wird also von zwei Seiten in die Zange genommen. Was dabei herauskommt, kann man sich denken!

Wenn der Widerstand nicht schnell und rasch einsetzt, gehen wir einer reiflosen politischen und wirtschaftlichen Verflawung entgegen. Das ist das Resultat der neuen Umwälzung in Deutschland!

Großwahlkampf in Preußen.

Es hatte nicht genügt, daß der Reichstag aufgelöst wird, sondern es mußten auch noch der Preußische Landtag und alle Gemeindeparlamente, alle Kreis- und Provinziallandtage in Preußen aufgelöst werden. Es soll mit einem Schlage alles aufgelöst werden, was früher Länder- oder Gemeindeparlamente aufgebaut und geschaffen haben. Überall soll der Geist der reinen Reaktion einziehen. Weil der Preußische Landtag eine Auflösung seinerseits abgelehnt hat, und das Dreimännerkollegium, Ministerpräsident Braun, Staatsratspräsident Ader und Landtagspräsident Keri, dies infolge Einstimmigkeit der beiden ersten ebenfalls unterließ, mußte ein neuer Angriff ausgeübt werden. Durch eine Notverordnung wurde die noch im Amt befindliche Regierung Braun — Severing gewaltsam ihres Amtes enthoben. Nunmehr herrscht die provisorische Regierung unumchränkt. An Stelle von Braun trat der Vizekanzler v. Pape in das Dreimännerkollegium, welches für den Beschluß der Landtagsauflösung zuständig ist. Ohne den Staatspräsidenten Landauer beschloßen die beiden übrigen Mitglieder, daß der Preußische Landtag mit Wirkung vom 4. März aufgelöst wird. Gleichzeitig aufgelöst sind in Preußen die Parlamente der Kreistage, der Provinziallandtage und der Gemeinden.

Es findet also ein allgemeines Großreinemachen statt. Überall, wo sich auch nur noch ein Rest des Einflusses der organisierten Arbeiterschaft befindet, soll er beseitigt werden. Was es bedeutet, das Mitbestimmungsrecht in den Gemeinden, Provinzen und Kreisen zu verlieren, dürfte erst später vor allen Volksgenossen erkannt werden. Die ganze Aktion ist der vorläufige Schlussstrich unter jene am 20. Juni 1932 begonnene Gegenrevolution!

Englands Arbeiterchaft demonstriert.

Die englische Arbeiterbewegung zeichnet sich in letzter Zeit durch eine bemerkenswerte Aktivität aus. Am 5. Februar fand in Hyde-Park in London eine große Arbeitslosendemonstration statt. 200 000 Personen bewegten sich in endlosen Zügen zum Versammlungsort. Die von der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften geleitete Demonstrationsversammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, die gegen Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützungen protestierte, eine Verringerung der Wirtschaftspolitik der Regierung forderte und gegen Lohn- und Gehaltsfällungen Einspruch erhob.

Der Zerfall des Burbach-Kalifonzerns.

Quotenverkäufe als letzte Rettung aus dem Schuldenchaos.

Ein Schulbeispiel für die verfehlte privatwirtschaftliche Konzern- und Trustpolitik mit allen ihren symptomatischen Begleiterscheinungen und Folgen bildet die nur kurze Entwicklungsphase des Burbach-Kalifonzerns, dessen struktureller Zerfall seit einiger Zeit mit Riesenschritten fortschreitet. Wiederholt hat sich die „Bergbau-Industrie“ mit den Verhältnissen des Burbach-Konzerns beschäftigt und die geradezu unverständliche Wirtschaftspolitik des derzeitigen Konzernbeherrschers, Kommerzienrat Dr. Korte, kritisiert, der es fertiggebracht hat, mit der im Jahre 1929 durchgeführten Zusammenballung von 28 früher selbständigen Gewerkschaften allein einen kurzfristigen Schuldenballast von weit über 60 Millionen Mark in den Konzern hineinzutragen und obendrein noch diesen Kalifonzern von Schulden jahrelang durch ein raffiniertes Verschleissgeschäft (Hauptverwaltung Burbach GmbH) vor den Augen der Öffentlichkeit unsichtbar zu machen. Nachdem heute der Schleier über das innere Chaos dieses Konzerns gefallen ist, erscheint der himmelsblaue Optimismus des Herrn Dr. Korte, den er während der vergangenen Jahre ständig zur Schau trug und seinen Niederschlag in unbedeutend hohen Dividendenzahlungen fand, in einer ganz sonderbaren Beleuchtung. Während er auf diese Weise mit dem kapitalistischen Wundermittel des Profits für das nötige Prestige (Sprich: Stimmung) nach außen hin sorgte, brachten die gewaltigen Schuldenlasten mit den daraus resultierenden Zinsverpflichtungen trotz aller Verschleisskünste das strukturelle Konzerngefüge ins Wanken.

Wie liberal in der privatkapitalistischen Wirtschaft, nimmt auch beim Burbach-Konzern das Schicksal seinen historischen vorgezeichneten charakteristischen Weg. Um sich aus dem Chaos der Schulden zu retten, hat Burbach vor wenigen Wochen zunächst seinen Anteil an der

Mansfeldische Kalkquote,

die im ganzen 22,3436tausendstel Syndikatsbeteiligung beträgt, an den Salzdetfurth-Konzern übertragen. Dieses Geschäft ist in Form eines Darlehensvertrages abgeschlossen worden, auf Grund dessen der Burbach-Konzern von Salzdetfurth einen Kredit von 2,4 Millionen Mark für die Dauer von zwei Jahren erhalten hat, und der nach Ablauf dieser Frist auf Wunsch der Burbach-Kalwerke um zwei Jahre verlängert werden kann. Das Darlehen ist mit 5 Proz. verzinslich. Gleichzeitig ist der Darlehensvertrag mit einem Quotenanspruch verbunden, dem, wie bereits oben erwähnt, geht die Mansfeldische Kalkquote während der Dauer des Darlehensgeschäftes an Salzdetfurth über. Dafür erhält Burbach, abgesehen von dem Kredit, die normalerweise bei der Verpachtung der Quoten zwischen den Kalifonzernen übliche Gebühr, d. h. einen gewissen Prozentsatz des durchschnittlichen Erlöses des Deutschen Kalifondits. Der Erlös aus diesem Kredit soll dazu dienen, um die kurzfristigen Verpflichtungen des Burbach-Konzerns gegenüber dem Kalifondit abzudecken. Bei den Krediten des Kalifondits handelt es sich um laufende Kredite,

die das Syndikat nicht nur Burbach, sondern auch anderen Kalifonzernen gegeben hat.

Wenn auch die Burbach-Verwaltung erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, die Mansfeldische Kalkquote endgültig zu veräußern, so dürfte diese Erklärung nur von recht problematischer Natur sein. Denn wo sollen bei der Verschuldung des Burbach-Konzerns später die Mittel herkommen, mit denen man das Darlehen zurückzahlen will? Herr Dr. Korte ist es bei diesem Geschäft lediglich noch einmal gelungen, sich ein bescheidenes Hintertürchen aufzuhalten, um bei später etwa wieder steigendem Kalkabsatz einen günstigeren Preis für die Mansfeld-Quote erzielen zu können, wenn einmal die endgültige Abrechnung mit Salzdetfurth nach einigen Jahren erfolgt.

Aber noch viel deutlicher prägt sich der strukturelle Zerfall des Burbach-Konzerns in der vor wenigen Tagen erfolgten Veräußerung seiner wertvollen Beteiligungen an den badischen Kalkgewerkschaften aus, welche von der Preußischen Bergwerks- und Hütten-W.G. in Berlin (Preußag) übernommen wurden. Hiernach hat die Preußag von den Burbach-Kalwerken

je 566 Auxe der Gewerkschaften Baden und Markgräfler und weiterhin in Verbindung hiermit rund 10tausendstel Syndikatsbeteiligung (mit aller Wahrscheinlichkeit der Anteil an der Einigkeit-Quote) zum Preise von insgesamt 9 Millionen Mark

gegen sofortige Barzahlung erworben. An einen steigenden Marktwert der übertragenen rund 10tausendstel Kalkquote bleibt Burbach allerdings in künftigen Jahren bis zu 40 Prozent beteiligt. Für eine Reihe von Verpachtungsjahren sind den Burbach-Kalwerken bestimmte jährliche Mindestzahlungen garantiert.

Mit dieser Transaktion wird der Burbach-Konzern zwar in die Lage versetzt, seine kurzfristigen Verbindlichkeiten auf etwa 50 Millionen Mark abtragen zu können, aber keineswegs reicht diese relativ geringe Entlastung aus, um hierdurch auch nur in etwa eine Schuldenkonsolidierung durchzuführen zu können. Wenn auch die Verwaltung erklärt, daß zur Abdeckung der noch verbleibenden kurzfristigen Schulden keine weiteren Abstoßungen von Quoten oder Beteiligungen vorgenommen werden sollen, so wird trotzdem der Zerfall des Burbach-Konzerns erst dann aufzuhalten sein, bis eines Tages durch Inanspruchnahme von Reichshilfe auch dieser Konzern in den Gefilden des Staates landen wird. Im übrigen ist durch die bis jetzt vorgenommenen Veräußerungen von Quoten und Beteiligungen die Syndikatsquote des Burbach-Konzerns bereits auf rund 140tausendstel gesunken, wobei allerdings noch aufzuklären ist, woher 16tausendstel der an die Preußag mitverkauften Kalkquote stammen. Andererseits erhöht sich die Syndikatsbeteiligung der Preußag durch das Geschäft mit dem Burbach-Konzern auf etwa 129tausendstel. Vor allem erhält die Preußag hiernüt einen Ausgleich für die Einbußen, die sie durch das Wienerburger Bergwerksglück bezüglich ihrer Stellung in der Gesamtkalifondindustrie erlitten hat.

Der Weg im Dunkeln.

Wirtschaftslage des Deutschen Reichs.

Seitdem unter Brüning der Gedanke des Präsidialkabinetts aufstand, hat die Krise der deutschen Staatspolitik mit ihren verhängnisvollen Wirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit an Stärke und Heftigkeit dauernd zugenommen. Auch die ungeheure Zuspitzung der Gegensätze im deutschen Volk, die die Bildung der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg brachte, dürfte die Lähmung der Kräfte herbeiführen, von denen man nach den hoffnungsvollen Ansätzen der letzten Monate eine Milderung der Wirtschaftskrise erwartet.

Die deutsche Industrieproduktion, die von August bis November 1932 unter Ausschaltung der Saisonschwankungen eine erhebliche Zunahme aufwies — der Produktionsindex (1928 = 100) erhöhte sich in diesem Zeitraum von 51,9 auf 62,9 — ist seitdem wieder rückläufig, und zwar sowohl in der Produktionsgüter- wie in der Verbrauchsindustrieproduktion. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember und in der ersten Januarhälfte so fühlbar angestiegen, daß es sich dabei nicht lediglich um Saisonschwankungen, sondern auch um andere Faktoren handeln muß, die ungünstig auf die Arbeitsmarktlage eingewirkt haben. Für Mitte Januar wird die Arbeitslosigkeit mit 5 966 000 angegeben, so daß also seit Ende Oktober die Zahl der Arbeitslosen um 859 000 angelegien ist. Waren Ende 1932 von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern 45,6 voll arbeitslos, 22,2 Kurzarbeiter und nur 32,2 voll beschäftigt, so gibt diese Gewerkschaftsstatistik die ungeheure Verelendung der deutschen Arbeiterschaft deutlich wieder. Weniger als ein Drittel aller Arbeiter kann heute in voller Höhe den täglichen Wochenlohn, der noch geblieben ist, mit nach Hause nehmen, mehr als zwei Drittel sind dagegen entweder nur auf einen Teil des Lohnes oder auf die Kostfrage der öffentlichen Unterstützung angewiesen.

Verhältnismäßig günstig entwickelte sich in letzter Zeit die Lage im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie, trotzdem auch hier die Produktionsziffern gegenüber dem Stand vom November 1932 zurückgegangen sind. Der große russische Rohrenauftrag über 70 000 Tonnen im Werte von 40 Millionen Mark konnte nunmehr zum festen Abschluß gebracht werden. Allerdings mußten überaus lange Kreditfristen zugestimmt werden, die vom Tage der Uferung an gerechnet im Durchschnitt 48 Monate (vier Jahre!) betragen. Unter der Einwirkung der politischen Spannungen erfuhr jedoch der Geschäftsgang in der Großeisenerindustrie trotz dieser Bestellung nach anfänglicher Belebung eine fühlbare Abminderung.

Besonders deutlich spiegelt sich die politische Beunruhigung, die die Wirtschaftstätigkeit erfasst hat, im Verhalten der Börse wider. Gerade die Erholung des deutschen Kapitalmarktes, die sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in steigenden Kursen und fallenden Zinssätzen deutlich ankündigte und die auf ein Wiedererstarken der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland hoffen lassen konnte, ist durch den Regierungswechsel beeinträchtigt worden. Gegenüber dem Tiefstand der deutschen Anleihen im Ausland, die im Januar 1932 durchschnittlich nur noch mit 22 Prozent in Newyork notiert wurden, konnte ihr durchschnittlicher Kurs bis Januar 1933 auf 66 Prozent ansteigen. Seitdem gingen jedoch die Dames-Anleihen in Newyork von 86% auf 77 zurück, die Young-Anleihe von 63,5 auf 54,5, die 6,5prozentige Preußenanleihe von 60% auf 49. Die übrigen Anleihenwerte erlitten sogar noch weit darüber hinausgehende Verluste. Auf den deutschen Börsen selbst war zunächst die Entwicklung uneinheitlich. Unter dem Eindruck künftiger Inflationsgefahr als Folge von Währungsexperimenten der neuen Regierung gingen die Renten ebenfalls zurück, während die Aktien, die gewissermaßen als Sachwertpapiere gelten können, Kurssteigerungen erfuhr. Seitdem die Regierung ihren Verzicht auf Währungsexperimente erklärte, gingen auch die Aktienkurse zurück, während die Rentenscheine zunächst noch weitere Kurseinbrüche erlitten. Der Kurs der Reichsbankanteile ging allein in den letzten drei Börsentagen um 16 Prozent auf 138 zurück, nachdem sie Anfang Januar bereits einen Kurs von 160 erreicht hatten.

In dieser Börsenbewegung kommt sicherlich die gegenwärtig herrschende völlige Ungewißheit über das künftige Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung zum Ausdruck. Trotzdem die beiden Hauptträger der gegenwärtigen Regierung, Hitler und Hugenberg, jeder für sich immer wieder gegenüber der Öffentlichkeit mit der Erklärung aufwarteten, ein unfehlbares Wirtschaftsprogramm zur Behebung aller Wirtschaftsnöte zu besitzen, blieb die Regierungserklärung nichts sagend. Mit Ausnahme der bloßen Ankündigung eines Vierjahresplanes, über dessen Inhalt, Wege und Hilfsmittel dagegen alles im geheimnisvollen Dunkel geblieben ist, ist bisher über die Absichten der Regierung, der Wirtschaftskrise und der ständig zunehmenden Verelendung der großen Massen der Bevölkerung zu Leibe zu gehen, nichts bekannt geworden, wenn man nicht auf die Ankündigung der Arbeitsdienstpflicht hinweisen will, von der jedoch gesagt werden muß, daß sie wegen der hohen Kosten und der ungünstigen Folgen auf den Arbeitsmarkt sich verbietet. Berechnete doch der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Srup, daß der freiwillige Arbeitsdienst bei sparsamer Verpflegung und bei geringstem Baraufwand für die Beschäftigten pro Kopf mindestens 1000 M. im Jahr betragen müßte, eine Berechnungsgrundlage, die deutlich die eng gesteckten Grenzen dieser Lösung erkennen läßt.

Nazis und Zechenstilllegungen.

Am 5. Februar veröffentlichte die Essener Nazizeitung noch eine Entschließung der Handelskammer in Münster, die sich gegen die Stilllegung der Zeche Sachsen wendet. Im Anschluß an diese Notiz meinte das Naziorgan:

„Es besteht u. U. kein Zweifel mehr darüber, daß die Regierung, sei es durch eine Lex Sachsen, sei es durch Uebertragungsverbot von Quoten innerhalb des Syndikats, die Stilllegung der Zeche bzw. beider in Rede stehender Zechen verhindern wird. Der Aufruf des Gesamtkabinetts gab deutlich genug zu verstehen, daß im heutigen Staate sozialen Ungerechtigkeiten, wie sie im Falle Sachsen geplant sind, ein Riegel vorgezogen werden wird.“

Nach diesen Auslassungen bekennen sich die Nazis als Gegner der Stilllegung. Was indes von dieser Geste praktisch zu halten ist, bewiesen sie zwei Tage später, am 7. Februar, in der Sitzung des Ueberwachungs Ausschusses des Reichstages. Gleich zu Beginn dieser Sitzung schlug der Ausschussvorsitzende, der Sozialdemokrat Paul Löbe, vor, zunächst die geplante Stilllegung der Zeche Sachsen zu behandeln. Zu dieser Behandlung kam es jedoch nicht, weil durch das antiparlamentarische Verhalten der Nazis die Sitzung unterbrochen werden mußte und infolgedessen auch die sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage nicht erledigt werden konnten. Damit haben die Nazis wieder einmal bewiesen, was von ihren sozialen Erklärungen in der Praxis zu halten ist.

Riesenpleite der Kommunisten und des Einheitsverbandes.

Urabstimmung über den Werksurlaub auf der Fuchsgrube im Waldenburger Bergbaurevier.

Seit einem Jahre führen die Kommunisten und ihr Anhängel, der Einheitsverband, einen unglücklich schmutzigen und gefährlichen Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Funktionäre wegen der Einführung eines Werksurlaubs anlässlich der Stilllegung der Gustavgrube und der Deichlorgrube. In den letzten Monaten haben sie diesen Kampf, den sie zuerst nur gegen die Angestellten unseres Verbandes führten, auch auf die ehrenamtlichen Funktionäre, in erster Linie die Betriebsräte, ausgedehnt. Daß sie dabei wie üblich an die niedrigsten Instanzen appellierten, versteht sich von selbst. Die unglücklichsten Behauptungen wurden aufgestellt. So behauptete die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ in Nr. 209, der Schlepper Friß Reiprich, der an einem Herzschlag unter Tage starb, wäre am Hungerlohn des Werksurlaubs zusammengebrochen und gestorben. Als wir darüber Erkundigungen einzogen, stellte sich heraus, daß Kamerad Reiprich auf der Fürstentruer Grube, die dem Werksurlaub bisher noch gar nicht beigetreten war, gearbeitet hatte.

Die immerwährenden Angriffe der Kommunisten haben unseren Verband gezwungen, im Jahre 1932 zweimal zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der Werksurlaub beibehalten werden soll oder nicht. In beiden Funktionärenkonferenzen wurde einstimmig die Beibehaltung des Werksurlaubs beschlossen. Nun fehte der gefährliche Kampf gegen die Funktionäre unseres Verbandes ein. Als dieser unerträglich wurde, haben wir die kommunistischen Arbeiterratsmitglieder der Fuchsgrube in einer Arbeiterratsitzung am 9. Dezember gestellt, indem wir ihnen die Rechtslage ausmalerichten, daß sie, die Kommunisten, die Möglichkeit haben, den Werksurlaub zu Fall zu bringen, denn sie brauchen nur einen Antrag im Arbeiterrat einzubringen, daß der Vorsitzende des Arbeiterrats seine Unterschrift unter der Betriebsvereinbarung zurückzieht. Wird dieser Beschluß mit Mehrheit gefaßt, dann muß der Arbeiterratsvorsitzende seine Unterschrift zurückziehen. Die Folge davon ist, daß der Werksurlaub von ganz allein zur Aufhebung kommt.

Nun, nachdem wir die Kommunisten so gestellt hatten, begannen ihre Akrobatikstücke. Sie waren zu feige, einen solchen Antrag zu stellen, und verzichteten sich hinter ihre Forderung auf Zahlung der vollen Arbeitslosenunterstützung ohne Karenzzeit im Werksurlaubsmonat. Eine der üblichen Forderungen, von denen die Kommunisten wissen, daß sie nichts weiter als Spiegelfechtereien sind. Nun war ihnen auf einige Wochen in ihrer Presse die Spude weggeblieben. Erst am 15. Januar glaubten sie, die Sache sei vergessen, und fielen in zwei Seiten langen Artikeln in der ordinarischen Weise über unseren Verband und die Betriebsräte der Fuchsgrube her.

Wir haben dann in einer Arbeiterratsitzung den Spieß umgedreht und beschlossen, in der Belegschaft eine Urabstimmung vorzunehmen, ob der Werksurlaub beibehalten werden soll oder nicht. Diese Abstimmung war gleichzeitig eine Abstimmung darüber, ob dadurch auf der Fuchsgrube 750 Kameraden arbeitslos und der Bergleistung überliefert werden sollten.

Diese Urabstimmung hat nun am 3. Februar stattgefunden. Die Abstimmung ist nicht nur interessant dadurch, wie die Kameraden zum Werksurlaub stehen; sie ist auch bezeichnend dafür, welchen Anhang die Kommunisten und der Einheitsverband auf der Fuchsgrube haben. Bisher haben die kommunistische Partei und auch der Einheitsverband stets behauptet, sie hätten auf der Fuchsgrube einen stärkeren Anhang als unser Verband. Die Abstimmung hat nun folgendes Ergebnis gezeigt: Abstimmungs-berechtigt waren 5429 Kameraden. Davon haben 4672 gleich

66 Prozent ihre Stimme abgegeben. Mit „Ja“, also für Beibehaltung des Werksurlaubs, stimmten 3607, mit „Nein“, also für Kündigung des Werksurlaubs, stimmten 723 Kameraden. Ungültig waren 342 Abstimmungszeitel.

Nun ist es interessant, daß unter die 723 Nein-Stimmen die Kommunisten und Einheitsverbänder nicht fallen. Diese hatten einen besonderen Abstimmungszeitel herausgegeben. Auf diesem Abstimmungszeitel, der, nebenbei bemerkt, ein Muster für die Dummheit der Kommunisten ist, haben sie nicht nur die Frage für Beibehaltung oder für Kündigung des Werksurlaubs gestellt, sondern sie haben dabei eine Reihe ihrer üblichen Forderungen zur Abstimmung gestellt. Damit alle Kameraden unseres Verbandsgebiets sich eine Vorstellung von der Dummheit machen können, lassen wir diesen Stimmzeitel wörtlich folgen:

„Stimmzeitel zur Urabstimmung!“

Die Stimme für den Vorschlag der roten Betriebsräte.

Ich bin für

1. Kündigung des Bierhausplanes, aber dafür
2. keine Arbeiterentlassungen.
3. für die Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens,
4. für Einführung der 7-Stundenschicht bei vollem Lohnausgleich.
5. Solange der Bierhausplan besteht, für 100% Arbeitslosenunterstützung während dem Krümpermonat vom 1. Tage an.“

Daraus geht hervor, daß sie in der ersten Forderung zur Kündigung auffordern und in der letzten Forderung für die Beibehaltung des Werksurlaubs eintreten. Da sage noch einer, die Kommunisten wären nicht konsequent! Da nur ein Stimmzeitel offiziell zugelassen war, mußten nun die Stimmzeitel der Kommunisten bzw. des Einheitsverbandes für ungültig erklärt werden. Die Stimmen der Kommunisten und Einheitsverbänder sind also nicht in den Nein-Stimmen, sondern in den ungültigen Stimmen enthalten. Nun sind in den ungültigen Stimmen noch eine Reihe solcher, die sich aus der Abstimmung einen Scherz gemacht oder die den Stimmzeitel nicht richtig auszufüllen verstanden haben, wie das bei jeder Wahl ja vorkommt. Es steht also fest, daß von den 342 ungültigen Stimmen nur vielleicht die Hälfte kommunistische Stimmzeitel sind. Daraus ergibt sich die Stärke der Mitglieder der KPD. und des Einheitsverbandes bei einer Belegschaft von 5429 Mann.

Eine solch furchtbare Niederlage hat diese Gesellschaft wohl selten erlitten. Die Belegschaften in Niederrieschen haben die Zerpfitterungstaktik der Kommunisten nun endlich begriffen und wenden sich verächtlich von diesen Arbeiterzerpfitterern ab. Wir dürfen wohl behaupten, daß diese Abstimmung ein gutes Zeichen für die kommende Betriebsratswahl sein dürfte. Ein wichtiges Agitationsmittel ist dieser Gesellschaft nun endlich aus der Hand geschlagen worden. Die Abstimmung hat aber auch gezeigt, daß das Vertrauen nicht bei ihnen, sondern bei den Gewerkschaften und ihren Funktionären ist.

Kameraden, zeigt auch bei der Betriebsrätemwahl, daß ihr diesen notariellen und berufsmäßigen Vorleudemern und Arbeiterzerpfitterern die Gefolgschaft endgültig verlag!

